



ÖSTERREICHISCHER ARBEITERKAMMERTAG

A-1041 Wien, Prinz-Eugen-Straße 20-22 Postfach 534

An das
Präsidium des NationalratesDr-Karl-Renner-Ring 3
1010 W i e n

| | |
|-----------------------------|---------|
| Betrifft GESETZENTWURF | |
| Z' 65 | GE/9 85 |
| Datum: 10. OKT. 1985 | |
| Verteilt 1. OKT. 1985 Kreuz | |

H. Ochsenberger

Ihre Zeichen

-

Unsere Zeichen

RA-ZB-1311
1311

Telefon (0222) 65 37 65

Durchwahl 473
269

Datum

8.10.1985

Betreff:

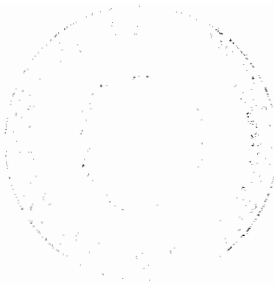
1. Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem
das Verwaltungsgerichtshofgesetz 1985
geändert wird

2. Waffengesetznovelle 1985

S t e l l u n g n a h m e n

Der Österreichische Arbeiterkammertag übersendet je 25 Exemplare seiner
Stellungnahmen zu den im Betreff genannten Gesetzentwürfen zur gefälligen
Information.

Der Präsident:

H. Bury

Der Kammeramtsdirektor:

iA

*H. Bury*Beilagen

**ÖSTERREICHISCHER ARBEITERKAMMERTAG**

A-1041 Wien, Prinz-Eugen-Straße 20-22 Postfach 634

An das
Bundeskanzleramt

Ballhausplatz 2
1014 Wien

Ihre Zeichen

GZ 601.457/5-V/
1/85

Unsere Zeichen

RA/Mag.Lö/1311

Telefon (0222) 65 37 65

Durchwahl 473

Datum

23.9.1985

Betreff: Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das
Verwaltungsgerichtshofgesetz 1985 geändert wird

Der Österreichische Arbeiterkammertag beehrt sich mitzuteilen,
daß gegen den vorliegenden Gesetzentwurf dem Grunde nach keine
Einwendungen bestehen.

Zu § 27 Verwaltungsgerichtshofgesetz in der Fassung des Ent-
wurfes ist allerdings anzumerken, daß im Interesse einer
problemlosen Vollziehung eine klarere Formulierung über den
Beginn des Fristenlaufes im Falle des Bürgerbeteiligungsver-
fahrens anzustreben wäre. So etwa, indem der Beginn des
Fristenlaufes mit dem der Anhörung folgenden Tag, spätestens
aber ab dem Verstreichen der im § 36e Abs.1 AVG bezeichneten
Frist vorgesehen wird.

Der Präsident:



Der Kammeramtsdirektor: